

Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Bena, Borsdorf, Elba, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinberg, Klinge, Köbke, Lindhardt, Pomßen, Sandthay, Thron ufm.) Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Vertraulichkeit 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. **Bezugspreis:** Monatlich Mk. 3.—, 1/2 jährlich Mk. 9.—, ohne Auslagen, Post einschließlich der Postgebühren Mk. 9.75. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6spaltige Korpuszeile 70 Pfg., auswärts 80 Pfg. Amtlicher Teil Mk. 1.50. Reklamezeile Mk. 1.50. Beilagegebühr pro Sonder Mk. 2.—. Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, frühere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Kosthöhe entgegen. Bestellungen werden von den Aussträgern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Beruf: Amt Naunhof Nr. 2

Druck und Verlag: Glog & Gule, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 85

Mittwoch den 20. Juli 1921

32. Jahrgang

Amtliches.

II. Nachtrag

zur Eintrittskartensteuerordnung für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Grimma, vom 2. Februar 1920.

I.
In § 5 wird die Steuer für alle dort aufgeführten steuerpflichtigen Veranstaltungen um 100 % erhöht.

II.
§ 11 erhält folgenden Inhalt:
IV. Gemeinden, die über ihren Anteil an der Kartensteuer nicht oder nicht rechtzeitig oder nicht ordnungsgemäß Rechnung legen oder den ihnen zustehenden Anteil an der Kartensteuer nicht bestimmungsgemäß ausschließlich zur Förderung der Wohlfahrtspflege verwenden, kann durch Beschluß des Bezirksausschusses der ihnen nach § 11 zustehende Anteil an der Kartensteuer auf Zeit — mindestens aber auf 1 Monat — entzogen werden.

III.
In § 12 Absatz 1 werden die Worte „bis zum Betrage von 150 Mt“ gestrichen.

IV.
Diese Bestimmungen treten mit ihrer Veröffentlichung sofort in Kraft.

Grimma, 6. Juni 1921. 7243 F.
Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft.
(29.) Harardt.

I. 746.
Mit Zustimmung des Kreisausschusses unter Vorbehalt des Widerrufs genehmigt.

Leipzig, am 4. Juli 1921.
Die Kreishauptmannschaft
(29.) Lange

Der aufsichtsbehördlich genehmigte 7. Nachtrag zur Gemeindefeuerversicherung für die Stadt Naunhof, der die Erhöhung der Zuschläge betrifft, wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Der Nachtrag liegt 2 Wochen lang im hiesigen Rathaus, Stadtkasseneinnehmer, Zimmer 14 zu Jedermanns Einsicht aus Naunhof, am 19. Juli 1921.

Der Stadtgemeinderat.
J. A. Berger.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die deutsche Regierung bietet der Reparationskommission wieder 41 Millionen Goldmark in verfallenen europäischen Werten an.

* Der französische Botschafter hat eine Note überreicht, in der die deutsche Regierung für die Zustände in Oberschlesien verantwortlich gemacht wird.

* Die Sozialdemokratische Partei veröffentlicht den Entwurf eines neuen Parteiprogramms.

* Als französische Verstärkung für Oberschlesien ist eine Infanteriedivision aus dem Rheinland ausmarschieren worden, für die als Ersatz neue schwarze Truppen nach dem Rhein kommen.

* Die zur eventuellen Befehung des Ruhrreviers einberufenen belgischen Soldaten werden jetzt zurückbeordert. Die Rückbefehung hat am 15. Juli begonnen.

* Der Frankreichs Debolera gab eine Erklärung ab, in der er sagte, er habe nur eine Forderung aufzustellen, nämlich die der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der irischen Nation.

* Das dänische Ausfuhrverbot für Getreide wird wahrscheinlich mit dem 1. Dezember d. J. aufgehoben werden.

* Die Entente-mächte drohen Ungarn mit Gewaltmaßnahmen, falls es nicht alsbald deutsch-ungarisch ein Opferziel übergibt.

* Die polnische Regierung hat beschlossen, die Zwangswirtschaft für Kohle vom 1. Oktober ab aufzuheben. Die Einschränkungen der Ein- und Ausfuhr von Kohle sollen indes aufrecht erhalten bleiben.

* Die Italiener haben an der Rüste Kleinasien Truppen gelandet.

* Neuter meldet aus Helsingfors, dort seien zuverlässige Nachrichten eingetroffen, daß die Sowjetregierung eine allgemeine Mobilmachung angeordnet habe.

Schlusdienst.

Drahtnachrichten vom 19. Juli.

Wieder Kohlenverladungen aus Oberschlesien.

Berlin. Infolge wieder aufgenommenen Verhandlungen über Kohle wird die für das Gebiet der Stadtgemeinde Berlin von der preussischen Kohlenwirtschaftsstelle in den Karten allgemein angeordnete allgemeine Beschlagnahme der für die waldpflichtigen Industrieverbraucher bestimmten Mengen an Steinkohlen und Steinkohlenbriketts sowie die

gleichzeitig mit der Beschlagnahme dem Kohlenhandel auferlegte Anzeigepflicht mit Wirkung vom 18. Juli 1921 aufgehoben.

Krizeboykott gegen die Franzosen.

Oppeln. Infolge der Boykottierung der Franzosen durch die ober-schlesischen Ärzte haben die französischen Kommissionsmitglieder vielfach außerhalb Oppelns, namentlich in Breslau, deutsche Ärzte aufgesucht. Der nieder-schlesische Ärzteverband hat nun in einem Schreiben alle angeschlossenen Organisationen und Mitglieder aufgefordert, sich dem Boykott der Oppelner Ärzte gegenüber den Franzosen anzuschließen.

Verstärkte Zollkontrolle.

Dörfelberg. Vom 20. Juli ab werden die Zollkontrollvorrichtungen am Rhein eine Verschärfung erfahren. Auf den Kontrollbahnhöfen der Rheingrenzungen muß der Ausenthalt für Personen- und Schnellzüge verlängert werden. Infolgedessen wird die Einführung eines neuen Personenfahrplans nötig.

Der neue Bischof für Weihen.

Bauhen. Das Reichserzbischofliche Rathebratkapitel bei St. Peter in Bangen teilt mit, daß der päpstliche Stuhl zum 22. Bischof des wiedererrichteten Bistums Weihen, das seinen Sitz in Bangen haben wird, Dr. phil. et publ. Christian Schreiber, derzeit Regens des Fuldaer Priesterseminars, ernannt hat.

Stimmendorf durch Feuer vernichtet.

Stimmendorf (Kreis Reichenburg) ist völlig vernichtet; siebenzig meist strohgedeckte Gebäude wurden eingestürzt.

Schlechter Geschäftsgang in der chemischen Industrie.

Erfurt. In Mitteldeutschland wird bei 30 Prozent sämtlicher Mitgliedsfirmen des Arbeitgeberverbandes der chemischen Industrie verfehlt gearbeitet, 8 Prozent haben bereits Entlassungen vorgenommen und 10 Prozent werden noch weitere Entlassungen vornehmen müssen, 5 Prozent der Betriebe ruhen vollständig. Die Aufträge sind im Vergleich zum Dezember 1920 um durchschnittlich 33 Prozent zurückgegangen.

Polnische Sperrforts an der deutschen Grenze.

Albing. Es wird gemeldet, daß eine französisch-polnische Artillerie- und Ingenieurkommission die ehemaligen deutschen Festungen an der Warthe und Weichsellinie besichtigt und ihre Modernisierung überprüft. Zunächst sollen Wolen und Thorn, später auch Culm und Graubenz mit neuen, den Kriegserfahrungen entsprechenden Anlagen und Armierungen versehen werden. Erwogen wird die Anlage von Sperrforts längs der ganzen deutsch-polnischen Grenze.

Schwere Schäden durch Regenmangel.

Paris. In Belgien und Frankreich sind jetzt Dürreerscheinungen im baldigen Eintreten von Regenfällen. Die Trockenheit ist so stark und anhaltend, daß die Späternte kaum noch zu retten ist.

Haltet den Dieb!

Der Volksmund erzählt, daß es bei Saunern und Wanditen manchmal vorkommt, daß einer, der eben etwas gestohlen hat, sich unauffällig in die Schaar der Verfolger mischt und am lautesten von allen ruft: „Haltet den Dieb!“. So alt und abgeschmackt diese Artigkeit sein mag, durch die man glaubt, den Verdacht am leichtesten von sich abzuwälzen, so wird diese Methode doch auch heute noch so gar in der hohen Politik angewendet. Alle Welt weiß, daß an den himmelschreienden Zuständen in Oberschlesien nächst den polnischen Aufständigen die Franzosen den Hauptteil der Schuld tragen, weil sie nicht nur fälschlicherweise behaupten, daß die polnischen Insurgenten die deutschen Bewohner des Landes in unerhörtester Weise bedrängen, sondern weil sie selbst seit langem schon ihre ganze ober-schlesische Politik offen darauf anlegen, entgegen der klaren Entscheidung, die in der Volksabstimmung getroffen wurde, das Land in die Hände der Polen zu spielen. Gerade aber, weil sie selbst die Hauptschuld an dem Chaos tragen, das über das unglückliche Land hereingebrochen ist, versuchen sie um so eifriger, die Verantwortung dafür der gänzlich unbeteiligten deutschen Regierung aufzuladen.

Mit einer Note, die an Entstellungen und Verdrehungen alles bisher Dagewesene übersteigt, haben sie jetzt abermals versucht, den Nachweis zu führen, daß alle ober-schlesischen Greuel nur auf unser Konto kämen und daß sie infolgedessen genötigt seien, ihre eigene Nachstellung zur Abwehr angeblicher deutscher Übergriffe in Oberschlesien noch zu verstärken. Die neue Note, die der französische Botschafter in Berlin dem deutschen Außenminister überreichte, behauptet zunächst, daß in Oberschlesien von deutscher Seite ein Menge Wortatzen und Überfälle verübt würden. So wird z. B. der Tod des französischen Major, der bei den letzten Unruhen in Weiden ums Leben kam, uns in die Schuhe geschoben, obwohl damals sofort nachgewiesen wurde, daß der tödliche Schuß nur von einem Polen oder gar von einem Franzosen abgegeben worden sein konnte. Von den zahllosen polnischen Greuelthaten, die in mehreren deutschen atemmäßigen Veröffentlichungen einwandfrei nachgewiesen wurden, ist natürlich nicht die Rede. Weiter wird behauptet, daß die deutschen Selbstschußformationen nicht entwaffnet und nur zum Schein beurlaubt seien, und sich samt dem General Höser noch in Mittel- und Niederschlesien aufhielten. Auf wie schwachen Füßen diese Behauptung steht, geht daraus hervor, daß, wie allgemein bekannt ist, General Höser schon längst in Koburg aufhält, und daß von deutscher Seite einwandfreie Berichte über die Auflösung und Ent-

waffung des Selbstschußes vorgelegt worden sind, haben doch an dieser Entwaffnung selbst französische Offiziere teilgenommen.

Darauf die ganze Note hinaus will, erkennt man am besten daran, daß sie einmal behauptet, die Verantwortung für die deutsche Regierung für das angebliche Weiterbestehen des Selbstschußes in Oberschlesien bleibe in vollem Umfange erhalten und unter diesen Umständen könne natürlich eine endgültige Lösung der ober-schlesischen Frage nicht nach einer kurzen Prüfung durch eine Sachverständigen-Kommission zugelassen werden, da man deutsche Angriffe und als Abwehr dagegen dann wohl auch polnische Angriffe zu befürchten habe. Man sieht, daß die Franzosen offenbar eine ungünstige Entscheidung über Oberschlesien bereits jetzt vorbereiten und uns — ähnlich wie man es beim Versailler Friedensvertrag mit der Frage der „Schuld am Kriege“ gemacht hat — die Verantwortung dafür zuschieben wollen. Man spricht von der schweren deutschen Verantwortung und streift dabei, daß die polnischen Insurgententruppen in der Tat alle ihre Waffen behalten haben und größtenteils noch im Lande selbst verstreut stehen.

Darüber hinaus stellt der französische Botschafter an die deutsche Regierung die Forderung, sie möge alle Selbstschußorganisationen auflösen und von der Grenze Oberschlesiens entfernen, weiterhin alle Maßnahmen treffen, damit die Entscheidungen der alliierten Mächte in Oberschlesien keinen Widerstand finden, und schließlich für die schnelle Beförderung von Verstärkungen sorgen, die nach Oberschlesien geschickt werden sollen. Diese Verstärkungen bestehen zunächst in einer Division französischer Truppen, die, um der drohenden Gefahr zu begegnen, schnellstmöglich nach Oberschlesien geworfen werden sollen, und mit der die Franzosen nichts anderes im Sinne haben, als ihre eigene polenfreundliche Politik, ungehindert durch den Einfluß der neuerdings verstärkten englischen Truppen in Oberschlesien weiter zu verfolgen. Damit wird den Polen erneut Gelegenheit gegeben, ihre Angriffsorganisationen für den bevorstehenden vierten Aufruf in aller Ruhe auszubauen. Die Franzosen aber suchen das Verbrechen, welches sie durch die Unterstüßung der polnischen Insurgenten auf sich laden, dadurch zu demänteln, daß sie als angebliche Ursache ihrer Maßnahmen eine gar nicht bestehende Angriffsgefahr von deutscher Seite an die Wand malen und hinter der deutschen Regierung herlaufen: „Haltet den Dieb!“

Es ist sehr bemerkenswert für die ganz außerge-wöhnliche Unverfrorenheit, mit der die französische Regierung in diesem Falle vorgegangen ist, daß selbst ein großer Teil der französischen Presse gegen diese Note schwere Bedenken äußert und vor allen Dingen bezweifelt, ob wohl England und Italien sich mit diesem Schritte einverstanden erklären würden. Der deutsche Außenminister hat dem französischen Botschafter schon beim Empfang der Note deutlich zu verstehen gegeben, daß dieselben Klagen, die die Franzosen gegen uns vordringen, seit langem von den Deutschen in Oberschlesien gegen die Polen erhoben werden. Die endgültige Verantwortung der französischen Note wird natürlich erst nach eingehender Beratung durch die deutsche Reichsregierung erfolgen können. Wie ernst die Situation ist, geht daraus hervor, daß der deutsche Reichskanzler dieser Tage dem englischen Botschafter in Berlin erklärt haben soll, wenn die ober-schlesische Frage in einem für Deutschland ungünstigen Sinne gelöst würde, und wenn die Sanktionen weiter aufrecht erhalten blieben, so werde er nicht länger an der Spitze des Kabinetts bleiben können. Es mag dahingehört bleiben, ob der deutsche Kanzler — derselbe, dem das französische Kabinett immer wieder ausdrücklich sein Vertrauen bekundet hat — diese Äußerung wirklich in dieser Form getan hat, jedenfalls ist es für die Stimmung in den deutschen politischen Kreisen bezeichnend, daß man die Gefahr nicht als ausgeschlossen ansieht, daß Dr. Brüth gerade durch die Gewaltspolitik der ihm angeblich so vertrauensvoll gegenüberstehenden französischen Regierung gestürzt werden könne.

Die Aufgabe der deutschen Regierung ist es, bei der Verantwortung dieser unerhörten Note erneut mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß die deutsche Regierung nach dem Friedensvertrag keinerlei Machtbefugnisse, aber auch keinerlei Verantwortung in Oberschlesien hat, und daß diese Verantwortung in vollem Umfange ausschließlich auf den Schultern der Franzosen liegt. Dem betrügerischen Rufe: „Haltet den Dieb!“ gegenüber muß sie den Mut haben, zum Schutze der schwerleidenden Provinz und zur Verteidigung des deutschen Rechtsstandpunktes in der ober-schlesischen Frage vor aller Welt festzusetzen, wo die wirklichen Übeltäter sitzen.

Ein „Martstein“.

Englisch-französische Auseinandersetzungen.

Die französische Note an Deutschland in der ober-schlesischen Frage hat eine sehr bedeutende Wendung in der internationalen Behandlung dieses zurzeit brennendsten europäischen Problems hervorgerufen, denn Frankreich beabsichtigt natürlich, seine Bundesgenossen auf dem von ihm eingeschlagenen Wege mit sich zu ziehen, findet aber damit wenig Anklang. Gleichzeitig mit der Note, die